

Newsletter *Gesundheit und Soziales*, Ausgabe 19/2011

Umsetzung der Behindertenrechtskonvention überfällig



Umsetzung der Behindertenrechtskonvention überfällig

Ein Kommentar von Horst Frehe

„Wir müssen die UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) endlich auf allen Ebenen durchsetzen“, fordert Horst Frehe, behindertenpolitischer Sprecher der grünen Bürgerschaftsfraktion - nicht nur, aber gerade auch zum Protesttag der Behinderten. „Zur Gewährleistung der bundesrechtlichen Ansprüche“, so Frehe weiter, „habe ich gemeinsam mit anderen behinderten FachjuristInnen einen umfassenden Entwurf für ein Gesetz zur Sozialen Teilhabe erarbeitet, das wir gestern in Berlin vorgestellt haben. Dort ist es auf großes Interesse gestoßen. Aber auch in den Ländern müssen wir ganz praktisch dafür sorgen, dass behinderte Menschen mehr Chancen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt erhalten und nicht vorrangig auf die Sonderarbeitsplätze in der Werkstatt für behinderte Menschen verwiesen werden. Behinderte Menschen müssen alle Unterstützung bekommen, die sie benötigen, um in ihren eigenen Wohnungen leben zu können, und nicht vorwiegend auf Wohnheime verwiesen werden. Zur wichtigen dritten Forderung, nämlich das gemeinsame Lernen und Aufwachsen von behinderten und nicht-behinderten Kindern in Kindergarten und Schulen (Inklusion) haben wir in Bremen in den letzten Jahren schon bundesweit vorbildlich viel getan. Beim Wohnen und Arbeiten haben wir allerdings weiterhin großen Handlungsbedarf. Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir hier in Bremen zügig einen Aktionsplan für die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention erarbeiten und umsetzen.“

Der gestern in Berlin von Horst Frehe und anderen FachjuristInnen vom Forum behinderter Juristinnen und Juristen (FbJJ) vorgestellte Entwurf eines „Gesetzes zur Sozialen Teilhabe von behinderten Menschen“ hat

das Ziel, das Menschenrecht auf ‚Soziale Teilhabe‘ aus der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) im Bundesrecht zu verankern.

„Die Arbeits- und Sozialministerkonferenz diskutiert über die Neugestaltung der Eingliederungshilfe schon seit längerem, allerdings nur sehr verkürzt und vor allem unter finanziellen Aspekten“, erläutert der grüne Abgeordnete und gleichzeitig Sprecher des Forums Horst Frehe.

„Mit unserem Vorschlag erweitern wir diese Diskussion um ein umfassendes Konzept zur Sozialen Teilhabe. Unser Gesetzentwurf setzt wesentliche Bestimmungen der BRK für diesen Bereich um. Neben den medizinischen Rehabilitationsleistungen sowie den unterhaltssichernden und ergänzenden Leistungen ist bisher nur das Recht behinderter Menschen auf Teilhabe am Arbeitsleben festgeschrieben. Das reicht nicht aus! Behinderte Menschen müssen auch in einem Verein Sport oder Musik machen dürfen, sie sollen auch Ehrenämter ausfüllen können und sie müssen ihre Familie versorgen können. Diese Ansprüche sichern wir, indem wir ein umfassendes Recht auf Soziale Teilhabe einführen.“

Der Gesetzentwurf wurde vom FbJJ (Forum behinderter Juristinnen und Juristen) erstellt. Das FbJJ ist ein partei- und verbandsübergreifender Zusammenschluss von Juristinnen und Juristen aus der Praxis, die als Richterinnen und Richter, als Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Verwaltungs- oder Verbandsjuristinnen und -juristen arbeiten oder gearbeitet haben und selbst behindert sind. Die ehrenamtliche Mitarbeit in diesem Zusammenschluss dient der Erarbeitung von Vorschlägen zur Unterstützung der Behindertenverbände, Behinderten-initiativen und Behindertenselbsthilfegruppen. Bereits im Jahr 2000 hatte das FbJJ eigene Gesetzentwürfe vorgelegt, die später im Behindertengleichstellungsgesetz (BGG, 2002) und im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG, 2006) in Teilen umgesetzt wurden.

Die Arbeit am Gesetzentwurf wurde angeregt und wesentlich unterstützt von der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland (ISL) und dem Forum selbstbestimmter Assistenz (ForseA). Unterstützt wurde die Arbeit darüber hinaus vom Weibernetz, dem Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter (BSK) und dem Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV).

Der Gesetzentwurf ist erhältlich über die beteiligten Verbände:
www.forsea.de - www.isl-ev.de - www.weibernetz.de - www.dbsv.org
www.bsk-ev.org

Ansprechbar für Nachfragen:



Doris Hoch, gesundheitspolitische Sprecherin
Doris.Hoch@gruene-bremerhaven.de
(Tel.: 0421/3011-299)



Horst Frehe, sozial- und behindertenpolitischer Sprecher
Horst.Frehe@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-233)



Dirk Schmidtman, altenpolitischer Sprecher
Dirk.Schmidtman@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-233)



Janne Müller, Referentin für Soziales, Alten- u. Behindertenpolitik u. Beiräte
Janne.Mueller@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-241)



Andrea Quick, Referentin für Gesundheit, Frauen und Arbeit
Andrea.Quick@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-252)

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.

Zum Abmelden des Newsletters führen Sie folgenden URL im Browser aus:

<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/gesundheit.soziales-bremen>